



# Interviews

**Datum: 14. August 2024**

## **Thielko Grieß im Gespräch mit Georg Maier**

**Thielko Grieß:** Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und in Brandenburg, alle im September, entscheiden vor allem über die Landespolitik dieser drei Bundesländer, die möglichen Koalitionen, die künftigen Landesregierungen. Aber es gibt ein Thema, das zwar weder in Dresden oder Erfurt noch in Potsdam entschieden werden wird, und dennoch in den Wahlkämpfen relevant ist. Das ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine und vor allem die deutsche Reaktion darauf. Die deutsche Waffenhilfe für die Ukraine wird von einem relevanten Teil der Bevölkerung abgelehnt und ebenso abgelehnt wird die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und der noch zu entwickelnden Hyperschall-Raketen auf westdeutschem Boden. Diese Haltungen greifen verschiedene Parteien auf, darunter zum Beispiel die AfD und das BSW. Gestern Früh hier im Deutschlandfunk war Sahra Wagenknecht zum Interview im Deutschlandfunk zu Gast. Hören wir kurz einen Ausschnitt daraus:

**O-Ton Sahra Wagenknecht:** „Wir wollen ja nicht nur, dass die Raketenstationierung verhindert wird; wir möchten auch Druck auf die Bundesregierung machen, dass hier endlich mehr diplomatische Initiativen gestartet werden, dass nicht immense Mittel für Waffenlieferungen verschleudert werden in einen sinnlosen Krieg, wo jeden Tag Menschen sterben und der dringend beendet werden muss.“

**Grieß:** Soweit Sahra Wagenknecht. – In der SPD bilden prominente Stimmungen ganz verschiedene Haltungen ab. Jetzt aus Erfurt am Telefon Georg Maier, Innenminister des Freistaates Thüringen, SPD-Politiker und Spitzenkandidat seiner Partei für den Landtagswahlkampf. Herr Maier, guten Morgen.

**Georg Maier:** Schönen guten Morgen, Herr Grieß.

**Grieß:** Das SPD-Bundesparteipräsidium – das ist die engere Führung der Partei – hat sich gerade für die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland ausgesprochen. Sie sind jetzt im Wahlkampf in Thüringen. Fällt das Präsidium Ihnen in den Rücken?

**Maier:** Na ja. Ich würde mal sagen, der Beschluss macht es uns nicht einfacher im Wahlkampf. Das muss ich mal so deutlich sagen. Und auch, wie der zustande kam, das ist für mich nicht wirklich hilfreich gewesen, um das mal deutlich zu sagen. Da rede ich jetzt nicht

darüber, dass mir der Inhalt des Beschlusses nicht gefällt. Die nationalen Sicherheitsinteressen gehen vor, das ist vollkommen klar. Mir geht es nur darum, wie das zustande kam und wie auch kommuniziert wird.

**Grieß:** Was meinen Sie damit genau, wie das zustande kam und wie kommuniziert wird?

**Maier:** Na ja. Auch für mich kam das relativ aus dem Off. Ich war daran nicht beteiligt. Aber es geht nicht nur um mich; es geht darum, solche Entscheidungen zu diskutieren. Sie haben es ja eben schon gesagt, dass das für sehr, sehr viele Ostdeutsche relevant ist. Das ist ein sehr relevantes Thema. Ich erlebe das auch immer an den Infoständen. Das Thema ist dominant, kann man fast schon sagen. Das wird auch von den Populisten, wie Sie es eben schon in dem Beitrag gezeigt haben, genutzt. Es wird genutzt, um Stimmungen weiter anzuheizen, Ängste anzuheizen und daraus politisch Kapital zu schlagen, so wie es Frau Wagenknecht tut und immer wieder suggeriert, man müsse einfach nur verhandeln und dann löst sich der Konflikt und alles wird gut und es kommt Frieden. Wir müssen dagegen halten und das tue ich ja auch. Ich habe da auch eine klare Haltung. Es ist ganz wichtig, dass man sagt, die Hilfe für die Ukraine ist wichtig, auch um unsere Demokratie zu schützen. Das ist aber erst mal ein Erklärprozess. Der fällt nicht so einfach, gerade hier in Ostdeutschland.

**Grieß:** Der braucht Zeit, sagen Sie. Nur, damit ich oder wir alle das besser verstehen: Sie sind inhaltlich schon der Haltung des SPD-Präsidiiums für die Stationierung von Mittelstreckenraketen, nur Sie hätten sich den Beschluss nach den Landtagswahlen gewünscht?

**Maier:** Ich persönlich hätte auch gerne noch ein paar Informationen im Vorfeld gehabt.

**Grieß:** Was fehlt Ihnen?

**Maier:** Na ja. Die Begründung dafür, beziehungsweise das hat man ja jetzt. Es geht ja auch darum, um Deutschland zu schützen, auch vorm aggressiven Verhalten Russlands und insbesondere Putins, und man muss dann auch sagen, was schon Sache ist, dass Russland aufgerüstet hat, dass insbesondere auch im Kaliningrader Gebiet schon die Waffen stationiert sind, dass eine reale Bedrohung vorhanden ist, und dass es auch darum geht, nicht Verträge der Vergangenheit zu brechen – zwei plus vier spreche ich an -, sondern dass die Waffen dort stationiert werden, insbesondere in Westdeutschland, was den Verträgen entspricht. Es wird ja auch immer wieder suggeriert, die NATO habe Verträge gebrochen, die

NATO wäre eigentlich aggressiv, habe ihr Verbreitungsgebiet ausgedehnt Richtung Russland, wäre eine Bedrohung für Russland. Das verfängt ja! Das sind ja die Narrative, die auch erzählt werden, insbesondere von der AfD und auch von Wagenknecht, so nach dem Motto, man habe hier quasi eine Mitschuld. Dem gilt es, massiv entgegenzutreten, und das tut man am besten, indem man sagt, was Sache ist, und nicht aus dem Off heraus dann Dinge verkündet.

**Grieß:** Als kleiner Zuruf von der Seitenlinie: Ich glaube, als Stationierungsort steht Thüringen gar nicht in Rede, sondern wenn, dann vielleicht Rheinland-Pfalz.

**Maier:** Nein! Das habe ich ja gesagt. Es geht ja darum, dass auch die Zwei-plus-vier-Verträge eingehalten werden, und dort wurde ja festgehalten, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR solche Waffen nicht stationiert werden, und das ist dann auch konform.

Was wichtig ist, um das auch besser nachvollziehen zu können: Es ist so, dass es hier im Osten eine tiefsitzende Sehnsucht nach Frieden gibt, und das hat historische Gründe und das sollte man sich auch mal vor Augen halten. Was mir immer mal wieder fehlt ist die Empathie für Ostdeutschland, für die Ostdeutschen, weil der Osten war viel stärker auch von den Kriegsfolgen des Zweiten Weltkrieges betroffen. Natürlich war in der DDR das Thema Frieden omnipräsent. Für Frieden und Sozialismus seid bereit, das war die Losung der Thälmann-Pioniere. Das steckt noch tief in den Menschen drin, immer wieder dieses Stichwort.

**Grieß:** Gleichzeitig war die DDR ein hochgerüsteter Staat.

**Maier:** Natürlich! Es ist doch klar! Ich will das jetzt gar nicht so darstellen, dass das jetzt von Seiten der SED und des Regimes damals auch missbraucht wurde. Aber es ist jetzt erst mal vorhanden. Man muss aber auch sehen, wenn man schaut, zum Beispiel auf die Entstehung der Widerstandsbewegung, der Bürgerrechtsbewegung: Auch dort war das Narrativ Frieden, Schwerter zu Pflugschaaren, eines, was die Menschen motiviert hat, jetzt auch was zu machen, auch gegen das SED-Regime.

**Grieß:** Daraus folgt zum Beispiel das Argument, weniger Waffen zu liefern für diesen Krieg, der Tote produziert und Leid auf beiden Seiten, und dann – das ist das Argument auch politischer Mitbewerber, von Ihnen, Herr Maier – bliebe mehr Geld für Soziales. – Gutes Argument?

**Maier:** Ja, genau. Die Verkürzung des Geschäfts des Populismus ist es ja, solche Botschaften zu verkürzen und einfache Lösungen zu präsentieren. Wenn ich hier auf die Straße gucke, ich muss nur aus dem Fenster schauen, dann schaut mich Frau Wagenknecht an, die hier gar nicht zu wählen ist, und dann steht drauf, „Diplomatie statt Kriegstreiberei“. Unweit davon hängt ein Plakat von der AFD, „Frieden ist alles“, und man sieht eine deutsche Fahne und eine russische Fahne. So wird damit umgegangen. Das ist ja Wählertäuschung. Das ist etwas, was wir sehr ernstnehmen müssen.

**Grieß:** Ich habe jetzt die SPD-Wahlplakate in Thüringen nicht vor Augen, aber ich kenne noch die von der Europawahl. Da stand „SPD, Olaf Scholz, Frieden“.

**Maier:** Das ist jetzt bei uns nicht der Fall, weil es geht hier um eine Landtagswahl. Das ist ja das Geschäft auch von Frau Wagenknecht. Sie hat ja für Thüringen keine Lösungen. Das interessiert sie auch nicht. Ihr geht es nicht um Thüringen. Das muss man ganz deutlich sagen. Es geht um ihre eigenen Interessen und die Bundestagswahl nächstes Jahr. So verhält sich das BSW ja auch. Deshalb wird dieses Thema genutzt, quasi um abzulenken von den wirklich wichtigen entscheidenden Fragen für Thüringen. Es ist ganz schwer stattzufinden – das ist auch ein bisschen ein Produkt der medialen Aufmerksamkeit für Frau Wagenknecht – mit unseren Themen, die für Thüringen relevant sind. Das sind zum Beispiel die Themen, dass die Renten hier die niedrigsten in Deutschland sind. Das sind die Themen, dass die Löhne hier deutlich niedriger sind, aber die Menschen länger arbeiten müssen, und die Vermögen im Durchschnitt deutlich geringer sind als im Westen. Das sind Themen, die machen wir im Wahlkampf zum Thema und wollen dafür auch Lösungen bereithalten, aber es gelingt den Populisten, mit dem Thema Frieden oder Krieg und Frieden immer wieder davon abzulenken.

**Grieß:** Kostet die Unterstützung der Ukraine, die Sie argumentieren, Ihnen Stimmen?

**Maier:** Ich gehe davon aus, dass das Stimmen kostet, weil es auch innerhalb der SPD Kritiker gibt.

**Grieß:** Das ist aber politisch sehr teuer.

**Maier:** Es geht nicht darum, ob etwas politisch teuer ist oder so. Es geht um Überzeugungen, was richtig ist. Die Verteidigung der Demokratie ist für mich die Antriebskraft, für mich

persönlich schon immer gewesen, und ich weiß, dass ein Diktator ein anderes Land überfallen hat, und ich versuche, das auch immer zu argumentieren, dass es dann wichtig ist, diesem Land zu helfen. Das mag nicht populär sein, aber mir geht es nicht darum, Politik zu machen, die populär ist, sondern Überzeugungen populär zu machen, und das ist ein schwieriges Geschäft. Das ist nicht das der Populisten; ich sage ja immer, wir führen einen antipopulistischen Wahlkampf, weil wir uns um die Themen der Menschen hier kümmern, aber trotzdem Haltungen haben als SPD.

Ich kritisiere den Beschluss nicht. Ich hätte es mir gewünscht, dass man im Vorfeld ...

**Grieß:** Die Art und Weise, aber nicht den Inhalt.

**Maier:** Die Art und Weise und auch der Kommunikation. Es ist wichtig, dass wir auf Bundesebene immer ein bisschen mehr Empathie zeigen für das, was in Ostdeutschland Sache ist, was die Menschen denken. Sie wollen mitgenommen werden, sie wollen überzeugt werden, sie wollen verstehen, warum das jetzt notwendig ist, dass es um unseren Schutz geht, um uns, und das ist wichtig. Deshalb fand ich es nicht optimal, wie das jetzt gelaufen ist, und habe auch meine Probleme draußen an den Infoständen, das dann zu erklären. Das ist nicht nur meine Aufgabe.

**Grieß:** Die Uneinigkeit der SPD schadet Ihnen?

**Maier:** Wir sind uns da nicht uneinig. Das ist es doch gar nicht. Es geht nur darum, wie solche Beschlüsse dann hergeleitet werden, wie sie getroffen werden. Das ist ein Thema, was mich beschäftigt. Noch mal: Ich glaube nicht, dass es in der SPD einen großen Dissens gibt, was jetzt diese Stationierung anbelangt.

**Grieß:** Nach den Landtagswahlen wird wahrscheinlich von allen drei Bundesländern, in denen gewählt werden wird, die Koalitionsbildung in Ihrem Bundesland, in Thüringen die womöglich spannendste. Es könnte sein, dass Sie auf das Bündnis Sahra Wagenknecht angewiesen sein werden, um irgendwie eine Landesregierung auf die Beine zu stellen. Sie kennen die Forderung von Sahra Wagenknecht, Veränderung der Ukraine-Hilfe. Würden Sie darauf eingehen?

**Maier:** Das werde ich in keinem Fall tun. Wenn hier ein Koalitionsvertrag geschlossen wird, dann muss da nichts drinstehen und soll und wird auch nichts drinstehen, was geopolitische Fragen angeht, die wir hier nicht entscheiden können.

**Grieß:** Dann könnte es sein, dass je nach Arithmetik Björn Höcke Ministerpräsident wird.

**Maier:** Die Verhältnisse in Thüringen sind sehr, sehr kompliziert. Wir könnten jetzt tiefer einsteigeneiner Szenario-Analyse, was wäre wenn, aber ich muss das erst mal in Betracht ziehen, was jetzt vielleicht realistisch ist, beziehungsweise was die höchste Wahrscheinlichkeit hat. Dass Höcke zum Ministerpräsidenten gewählt wird, sehe ich in dem Moment erst mal nicht, weil das BSW sich diesbezüglich ja auch erklärt hat. Ich weiß, dass Höckes Strategie auch ist, die Demokratie weiter zu zerstören, aber nicht jetzt im allerersten Schritt zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden. Nichts desto trotz: Diese Gefahr muss man immer sehr ernstnehmen und auch in Betracht ziehen und alle demokratischen Parteien müssen dafür sorgen, dass das nicht geschieht. Aber wir haben es nicht nur mit einer populistischen Strömung zu tun, sondern wir haben es hier mit einer neuen populistischen Strömung zu tun. Das ist eine Ein-Frau-Partei beziehungsweise im Hintergrund wirkt ja noch ein Mann im Saarland. Dem geht es nicht um Thüringen. Ich habe ja gesagt, das ist eine Kaderpartei. Da ist eine Nomenklatura, die versucht, ...

**Grieß:** Und denen trauen Sie Wortbruch nach der Wahl zu?

**Maier:** Wie Wortbruch? Wie meinen Sie das?

**Grieß:** Dass sie das Versprechen, was sie jetzt machen, wir gehen nur in eine Landesregierung, wenn die Ukraine-Politik sich verändert, aufgeben?

**Maier:** Dann muss sich diese Partei erklären, was sie denn will, ob sie einen Koalitionsvertrag zu geopolitischen Fragen abschließen will, oder ob es ihr auch darum geht, dieses Land nach vorne zu bringen und die Herausforderungen anzugehen. Es ist Wahlkampf und ich gehe mal davon aus, ich merke das ja, dass aus Berlin heraus den Wahlkämpfern vom BSW hier der Kurs diktiert wird, was sie zu sagen haben und was jetzt quasi zur Bedingung gemacht wird. Diese Erpressungsversuche, das richtet sich ja nicht nur an die SPD, sondern insbesondere auch an die CDU, maximalen Druck zu erzeugen, dass auch die CDU sich an dem Thema dann abarbeiten muss. Frau Wagenknecht geht es nicht um Thüringen. Ich wiederhole das noch mal. Es geht um die Bundestagswahl und ihre eigenen Interessen, ihre

ganz persönlichen Interessen, und so agiert diese Frau. Sie macht keinen Wahlkampf um Thüringer Themen. Das wird komplett zur Seite geschoben. Es geht nur noch um diese Fragen, wo sie genau merkt, dass sie Punkte erzielt, indem sie das alles verhetzt, was letztendlich auch an Unterstützung für die Ukraine und für die Demokratie geleistet wird, und versucht, persönlich sich an der Stelle zu positionieren als die Friedensmacherin.

**Grieß:** Führungsfiguren aus Ihrer Partei, Bundeskanzler Olaf Scholz zum Beispiel, Fraktionschef Rolf Mützenich, können Sie alle nicht gebrauchen in Ihrem Wahlkampf, oder?

**Maier:** Ich kann jeden gebrauchen. Olaf Scholz wird bald zum zweiten Mal hier sein und viele aus der Bundesspitze unterstützen mich, und darüber freue ich mich auch. Es geht eher darum, dass die Performance der Ampel jetzt nicht hilfreich ist. Und ich habe das eben gesagt: Solche Beschlüsse müssen besser erklärt werden und die Menschen müssen darauf vorbereitet werden, mitgenommen werden, insbesondere hier im Osten, mit Empathie für die Geschichte der Menschen hier im Osten und was sie in sich tragen. Dann wird's was.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*